



**Andreas Hillgruber (1925-1989)**  
**Der 2. Weltkrieg**  
**Kriegsziele und Strategien**  
**der großen Mächte**

Berlin/Köln/Mainz 1982

Kapitel I: Vorgeschichte

Der Erste Weltkrieg hatte nicht, wie es bei einer Verwirklichung der weitgespannten Kriegsziele der beiden seit August 1914 einander gegenüberstehenden europäischen Großmächte-Gruppen der Fall gewesen wäre, zur Aufrichtung einer stabilen Ordnung in Europa und in der Welt geführt. Ein solcher »Siegfriede« hätte auf dem langfristig gesicherten Übergewicht der Sieger über die Besiegten beruht, die auf die Stufe von mittleren Mächten herabgedrückt worden wären, die zur Teilhabe an der »Großen Politik« nicht mehr fähig waren. Tatsächlich war aber 1918 keine eindeutige, unwiderrufliche Entscheidung gefallen, die die Besiegten gezwungen hätte, sich in ihrem außenpolitischen Denken und Handeln vollkommen auf eine grundlegend veränderte Situation einzustellen. Die Folgewirkungen der bolschewistischen Revolution in Russland (seit Oktober/November 1917) und die erstmals weltpolitisch gewichtige Rolle der USA, die im April 1917 mit eigenen Leitvorstellungen (Selbstbestimmungsrecht der Nationen; Schaffung eines »Völkerbundes«) in den Krieg eingetreten waren, hatten bei Kriegsende im November 1918 eine Realisierung der ursprünglichen Ziele der Triple-Entente ausgeschlossen, die faktisch »finis Germaniae« bedeutet hätte.

Der Kompromiss der Friedensordnung von 1919/20 basierte allerdings ausschließlich auf einem Interessenausgleich zwischen Großbritannien, Frankreich und den USA. Er ging in Europa sowohl von einer langen, jedoch - wie sich bald zeigen sollte - unzureichend abgesicherten Niederhaltung des besiegten, aber in seinem Potential nicht entscheidend geschwächerten Deutschlands als auch von einer dauerhaften machtpolitischen Schwäche des (als gesellschaftspolitisch-ideologischer Fremdkörper, außerhalb der Ordnung gehaltenen) Sowjetrussland aus, das zudem von Deutschland - und dem übrigen Europa - durch einen »Cordon sanitaire« mittlerer und kleinerer, auf Kosten Russlands und Deutschlands gebildeter Staaten von Finnland über die baltischen Länder und Polen bis Rumänien getrennt worden war. Diese Ordnung von 1919/20 war - europäisch wie global betrachtet - von einem labilen Ungleichgewicht zwischen den etablierten Mächten, den sogenannten »Haves« (GB, F, USA), und den besiegten oder im Siege zu kurz gekommenen Mächten, den - wie das zeitgenössische Schlagwort lautete - »Have-Nots«) Deutschland, Italien und Japan sowie dem »Outcast« Sowjetunion gekennzeichnet.

Daher war es höchstwahrscheinlich, dass eine Erschütterung des machtpolitisch - entgegen dem Schein einer Überlegenheit Frankreichs - relativ schwachen, zudem ökonomisch unausgewogenen Fundaments dieser Ordnung und die davon ausgehende Einschränkung der internationalen Handlungsfähigkeit der Garanten der Ordnung von den »Have-Nots« genutzt würde, um eine Revision zu ihren Gunsten zu erreichen. Dies konnte auf dem Wege über ein einvernehmliches Arrangement (»peaceful change«) versucht werden, wozu der - allerdings infolge des Fernbleibens der USA und der Sowjetunion sowie (bis 1926) auch Deutschlands gegenüber den universalen Intentionen seines Schöpfers, des amerikanischen Präsidenten Wilson, in seinen Funktionen erheblich eingeschränkte - »Völkerbund« gewisse Ansatzmöglichkeiten bot. Es konnte aber auch bei unterstellter Verhärtung der politischen Positionen der etablierten Mächte - sei es im Alleingang einzelner »revisionistischer« Mächte oder aber im Zusammenspiel zwischen ihnen unter Ausnutzung tatsächlicher oder vermeintlicher Chancen, die die internationale Konstellation bot, der Weg der gewaltsamen Expansion beschritten werden.

Die Weltwirtschaftskrise (1929/30), die dann die - je nach dem: befürchtete oder erhoffte - fundamentale Erschütterung der Ordnung von 1919/20 brachte, stellte - in historischer Rückschau - bereits die Wegscheide dar zwischen der Nachkriegszeit des Weltkrieges 1914/18, in der das Schwergewicht der Auseinandersetzungen noch auf dem diplomatisch-politischen Ringen zwischen den etablierten und den »revisionistischen« Mächten lag, und der Vorgeschichte eines neuen großen Krieges, in der die Konfrontation zwischen den etablierten und den »revisionistischen« Mächten in den drei großen Spannungszonen immer offener ausgetragen wurde. Diese lagen in Ostasien, wo Japan seit der Eroberung der Mandschurei 1931 bestrebt war, die von den USA auf der Konferenz in Washington 1921/22 erzwungene Aufgabe seiner im Weltkrieg 1914/18 gewonnenen führenden Stellung in China rückgängig zu machen, im Mittelmeerraum, wo das (seit 1922) faschistische Italien Anspruch auf eine stärkere Berücksichtigung seiner Interessen erhob, als es in der - Großbritannien und Frankreich in diesem Raum einseitig begünstigenden - Friedensordnung von 1919/20 zum Ausdruck gekommen war, und schließlich in Zentraleuropa. In der politischen Führung Deutschlands wurde während der Weltwirtschaftskrise nicht nur die große Chance gesehen, die stärksten »Fesseln von Versailles« - die Reparationen und die einseitige Abrüstung - abzustreifen, sondern es gelangten auch Tendenzen zum Durchbruch, die - allerdings den veränderten Gegebenheiten angepasst: zunächst mit Schwerpunkt Südosteuropa - an die Zielvorstellungen eines auf die ökonomischen und machtpolitischen Interessen Deutschlands ausgerichteten »Mitteleuropa« während

des Weltkrieges 1914/18 anknüpften<sup>1</sup>.

Die internationalen Rahmenbedingungen für eine - zunächst erfolgreiche - Expansionspolitik der »Have-nots« waren in Auswirkung der Weltwirtschaftskrise seit Anfang der dreißiger Jahre wesentlich günstiger als in dem Jahrzehnt zwischen 1919 und 1929. Die USA, die in den zwanziger Jahren maßgeblich, direkt zur ökonomischen und indirekt zur politischen Konsolidierung Europas beigetragen hatten, kehrten nun machtpolitisch, nicht außenhandelspolitisch, gegenüber der »Alten Welt« zum »Isolationismus« zurück, während ihr Engagement in Ostasien zwar nicht entsprechend stark zurückging, wohl aber so weit reduziert wurde, dass die militärische Expansion Japans in China nur mit einer Politik der »Nichtanerkennung« der von Japan vorgenommenen Veränderungen der Landkarte Ostasiens, nicht aber mit ökonomischen oder gar militärischen Schritten beantwortet wurde.

Frankreich zog sich infolge starker innenpolitischer Spannungen auf eine immer enger verstandene Sicherheitspolitik zurück, die in der Errichtung der - einer starren Verteidigung dienenden, für uneinnehmbar geltenden - Maginot-Linie an seiner Ostgrenze ihren realen wie symbolischen Ausdruck fand. Die Militärbündnisse mit Polen und der Tschechoslowakei traten in ihrer Bedeutung für Frankreichs Sicherheitspolitik zurück. In Großbritannien aber wuchs gleichzeitig die Tendenz, innerhalb der traditionellen, mit den Realitäten der Weltpolitik seit dem Kriege 1914/18 allerdings kaum mehr übereinstimmenden Leitlinie einer »balance of power« auf dem europäischen Kontinent als Rückhalt für Großbritanniens imperiale Stellung deutschen Revisionsforderungen, sofern sie unter dem Gesichtspunkt ethnischer Wünsche als gerecht anzusehen und mit dem Gleichgewichts-Prinzip vereinbar waren, entgegenzukommen. Nicht zuletzt legte auch der tiefgreifende Gegensatz zwischen der britischen und sowjetischen Europa-Politik eine solche Haltung nahe.

Die Zurückhaltung der USA und der europäischen Westmächte in Ostasien gegenüber der Expansion Japans in der Mandschurei und in Nord-China seit Herbst 1931 verstärkte indessen bei der sowjetischen Führung unter Stalin (die unter der Parole eines Aufbaus des »Sozialismus in einem Lande« vom Primat des sowjetrussischen Sicherheitsinteresses geleitet war und diesem alle »weltrevolutionären« Aktivitäten unterordnete) die ohnehin bestehende traumatische Vorstellung, dass die von den »imperialistischen« Mächten »eingekreiste« Sowjetunion mit oder ohne Zutun der Hauptsiegermächte von 1919/20 zum Angriffsobjekt solcher Mächte werden könnte, die bei der Neuaufteilung des Besitzes in der Welt nach dem Kriege 1914/18 gar nicht oder zu wenig berücksichtigt worden waren<sup>2</sup>. Um die Gefahr eines Zweifrontenkrieges von Ostasien und von Mitteleuropa aus zu vermindern, die dieser Vorstellung zufolge mit Japans »unbestraft« gebliebenem Eroberungszug in Nordost-China beträchtlich gewachsen war, schloss die Sowjetunion mit den bis dahin propagandistisch bekämpften ostmitteleuropäischen Nachbarn (vor allem mit Polen) und deren »Protektor« Frankreich 1931/32 Nichtangriffspakte und nahm damit eine Abschwächung der bisherigen Kooperation mit dem Deutschen Reich (seit Rapallo 1922) in Kauf. Hauptgesichtspunkt dabei war, die Gegensätze innerhalb des »imperialistischen Lagers«, zwischen den etablierten und den »revisionistischen« Mächten, zu verschärfen, um eine Blockbildung aller »imperialistischen« Mächte mit Stoßrichtung gegen die Sowjetunion als für sie schlimmste aller Möglichkeiten in der internationalen Konstellation auszuschließen. Die Erwartung, dass die Regierungsübernahme durch Hitler am 30. Januar 1933 die außenpolitische Situation für die Sowjetunion entlasten würde, weil der Gegensatz zwischen Deutschland und den europäischen Westmächten nun sprunghaft verschärft würde, erfüllte sich jedoch nicht. Bald wurde erkennbar, dass die britische Regierung den Gegensatz zur Sowjetunion weiterhin als tiefergehend betrachtete als den Gegensatz zum nationalsozialistischen Deutschland<sup>3</sup>. Die von Hitler als Reichskanzler propagierte nationale Revisionspolitik (im Anschluss an die Revisionsforderungen der Regierungen und Parteien der Weimarer Republik), bei der die viel weitergreifenden expansionistischen wie die damit verbundenen rassenideologischen Ziele Hitlers, in deren Rahmen der »Kampf gegen Versailles«, später die Errichtung »Großdeutschlands«, nur Etappen darstellten, verdeckt blieb, schien sich in das Konzept der britischen Europapolitik einfügen zu lassen. Die tatsächliche Unvereinbarkeit lag in Hitlers »unverrückbarem«, durch kein noch so großes »Nachgeben« in Frage zu stellendem Ziel, eine totale Umgestaltung der europäischen Lebensordnung nach rassenideologischen Prinzipien vorzuneh-

<sup>1</sup> J. Becker, K. Hildebrand (Hrsg.), *Internationale Beziehungen in der Weltwirtschaftskrise 1929-1933. Referate und Diskussionsbeiträge eines Augsburger Symposions 29. März bis 1. April 1979*, München 1980

<sup>2</sup> H.-A. Jacobsen, *Der Primat der Sicherheit, 1928-1938*, in: D. Geyer (Hrsg.), *Osteuropa-Handbuch, Bd. Sowjetunion - Außenpolitik 1917-1955*, Köln/Wien 1972, S. 213ff.; S. Allard, *Stalin und Hitler. Die sowjetrussische Außenpolitik 1930-1941*, Bern/München 1974.

<sup>3</sup> G. Niedhardt, *Großbritannien und die Sowjetunion 1934.1939*, München 1972.

men, deren Kern ein radikaler, universaler Antisemitismus war. Hitlers »Programm«<sup>4</sup> war auf das europäische Russland als Eroberungsobjekt (»Lebensraum im Osten«) - nach Gewinnung kontinentaler Rückenfreiheit durch Ausschaltung der Militärmacht Frankreich -, auf Großbritannien als »Juniorpartner« eines deutschen Kontinentalimperiums in Europa (mit einem kolonialen »Ergänzungsraum« in Afrika) und auf die USA als Hauptgegner der fernen Zukunft im Kampf um die »Weltvorherrschaft« gerichtet. Diese Leitlinie, deren Verwirklichung die 1933 eingeleitete massive, 1935 offen verkündete Aufrüstung, die dem Deutschen Reich einen - zeitlich begrenzten - qualitativen Vorsprung vor potentiellen Gegnern, die nacheinander - Zug um Zug - ausgeschaltet werden sollten, verschaffen würde, das Hauptmittel war, wurde über alle Krisen und Rückschläge in der Anfangsphase des »Dritten Reiches« hinweg, die Verschleierungen, Anpassungen und Schwankungen erforderlich machten, immer mehr - parallel zur Konzentration der Macht im Innern beim »Führer« Adolf Hitler - und schließlich 1937/38 ausschließlich zu dem alles Wesentliche bestimmenden »Bewegungsgesetz« des nationalsozialistischen Reiches und damit zu der von diesem ausgehenden Verschärfung der Krise der internationalen Beziehungen in Europa.

Die Expansionspolitik der beiden anderen »Have-nots« begünstigte die deutsche Pressionspolitik in Mitteleuropa. Trotz allen propagandistisch stark herausgestellten Teilabkommen (»Achse« Berlin-Rom 1936; »Antikominternpakt« Deutschland-Japan 1936; Beitritt Italiens dazu 1937; »Stahlpakt« Deutschland-Italien, Mai 1939) ist es indessen nie zu einer präzisen Abstimmung des Vorgehens der drei »revisionistischen« Mächte gekommen, obwohl alle drei in einer Taktik des Nacheinander schließlich der Beherrschung von strategisch weitreichend abgesicherten, an den Kernstaat möglichst unmittelbar angrenzenden, wirtschaftlich autarken »Großräumen« anstrebten, in denen jeder Einfluss ökonomisch überlegener, »raumfremder« Mächte (Carl Schmitt) ausgeschaltet sein sollte<sup>5</sup>. Japans Beispiel von 1931 wirkte stimulierend auf die deutsche Politik<sup>6</sup>. Dem Austritt Japans aus dem »Völkerbund« (März 1933) folgte derjenige Hitler-Deutschlands (Oktober 1933). Zudem wurde durch Japans »Ausbruch« aus der Ordnung von 1919/20 die Aufmerksamkeit der USA und der europäischen Westmächte auf die Spannungszone in Ostasien hin- und damit von Europa weggelenkt. Italiens Angriff auf Abessinien (1935/36) und die dadurch ausgelöste internationale Krise im Mittelmeerraum zu einer Zeit, in der die deutsche Aufrüstung gerade eine im Falle präventiver Gegenaktionen gefährliche Phase durchschritt, lenkten die internationale Aufmerksamkeit auf diese zweite Spannungszone<sup>7</sup>. Die deutsche Politik unterstützte - freilich in unterschiedlichem Ausmaß - beide kriegführenden Seiten, Italien und Abessinien, um den Konflikt möglichst lange wahren zu lassen<sup>8</sup>.

Das Wagnis des Einmarsches deutscher Truppen in die entmilitarisierte Zone des Rheinlandes unter Bruch nicht nur des Versailler Vertrages, sondern auch des Locarno-Vertrages (1925), unter Herausforderung der beiden Garantiemächte, Großbritannien und des - in Abessinien engagierten - Italien, konnte Hitler so zu einem - vom Stand der eigenen Rüstung her gesehen: sehr frühen - Zeitpunkt (März 1936) eingehen<sup>9</sup>. Der Spanische Bürgerkrieg (seit Juli 1936), an dessen schneller Entscheidung Hitler aus dem gleichen Kalkül kein Interesse hatte<sup>10</sup>, auch wenn er zusammen mit dem faschistischen Italien Mussolinis zugunsten der gegen die Spanische Republik revoltierenden Militärs unter Franco intervenierte - der Krieg in dem schließlich vollkommen erschöpften Land zog sich bis zum Sieg Francos im März 1939 hin -, demonstrierte noch einmal den tiefen Gegensatz zwischen Großbritannien und der Sowjetunion. Die die deutsche Intervention faktisch begünstigende britische Politik wurde von Hitler zudem als »Test« für die mangelnde Aktionsfähigkeit Großbritanniens auch im Falle von Konflikten in Mitteleuropa gedeutet.

<sup>4</sup> E. Jäckel, *Hitlers Weltanschauung, Entwurf einer Herrschaft*, Tübingen 1969; zum Begriff »Programm« bei Hitler siehe A. Hillgruber, *Hitlers Strategie. Politik und Kriegführung 1940-1941*, Frankfurt/Main 1965, S. 13ff.; K. Hildebrand, *Vom Reich zum Weltreich. Hitler, NSDAP und koloniale Frage 1919-1945*, München 1969; N. Rich, *Hitler's War Aims. Ideology, the Nazi State and the course of Expansion*, New York 1973.

<sup>5</sup> L. Gruchmann, *Nationalsozialistische Großraumordnung. Die Konstruktion einer »deutschen Monroe-Doktrin«*, Stuttgart 1962. Der Begriff bei: C. Schmitt, *Völkerrechtliche Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte. Ein Beitrag zum Reichsbegriff im Völkerrecht*, Berlin/Leipzig/Wien 1941.

<sup>6</sup> S. Ienaga, *The Pacific War. World War II and the Japanese 1931-1945*, New York 1978; B. Martin, *Die deutsch-japanischen Beziehungen während des Dritten Reiches*, in: M. Funke (Hrsg.), *Hitler, Deutschland und die Mächte*, aaO., S. 454ff.

<sup>7</sup> J. Petersen, *Hitler – Mussolini. Die Entscheidung der Achse Berlin – Rom 1933-1936*, Tübingen 1973.

<sup>8</sup> M. Funke, *Sanktionen und Kanonen. Hitler, Mussolini und der internationale Abessinien-Konflikt 1934-1936*, Düsseldorf 1971; F. Hardie, *The Abyssinian Crisis*, London 1974.

<sup>9</sup> M. Braubach, *Der Einmarsch deutscher Truppen in die entmilitarisierte Zone am Rhein im März 1936. Ein Beitrag zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges*, Köln/Opladen 1956; R. Meyers, *Sicherheit und Gleichgewicht: Das britische Kabinett und die Remilitarisierung des Rheinlandes 1936*, in: *Rheinische Vierteljahresblätter* 38 (1974), S. 406ff.

<sup>10</sup> M. Merkes, *Die deutsche Politik gegenüber dem Spanischen Bürgerkrieg 1936-1939*, Bonn 1969.

5 Kaum waren die Spannungen im Mittelmeerraum infolge der Hinnahme des Sieges der Italiener über Abessinien durch die Westmächte vorübergehend etwas abgeklungen, da verschärfte der Beginn des japanisch-chinesischen Krieges (Juli 1937) wieder die Konflikte im ostasiatischen Krisenherd. Der Eroberungszug der Japaner führte bis zum Frühjahr 1939 zur Besetzung ganz Nord- und Mittelchinas sowie der wichtigsten Hafenstädte Südchinas<sup>11</sup>. Die national-chinesische Regierung unter Marschall Tschiang Kai-shek zog sich mit ihren Truppen - die chinesischen Kommunisten unter Mao Tse-tung gliederten sich mit ihren militärischen Kräften in die Abwehrfront gegen die Japaner ein - ins Innere des Landes zurück. Provisorische Hauptstadt wurde Tschungking in der Provinz Szetschwan. Die Regierung Tschiang Kai-shek fand politische und - in begrenztem Maße über Sinkiang bzw. die Burma-Straße rüstungsmäßige - Unterstützung von Seiten der Sowjetunion und der USA (sowie Großbritanniens). Doch blieben deren diplomatische Beziehungen zu Japan aufrechterhalten. Mit der Erstarrung der Fronten in China im Frühjahr 1939 bildete sich ein neues labiles Gleichgewicht in Ostasien heraus. Die Gefahr eines von Ostasien seinen Ausgang nehmenden »großen« Krieges schien vorerst gebannt.

15 Mit der im Frühjahr 1938 auf Weisung Hitlers vollzogenen Aufgabe der bis dahin zweigleisigen deutschen Ostasienpolitik<sup>12</sup>, die zugunsten der neuen, noch unsicheren Kontakte zu Japan nicht die traditionell engen Verbindungen zu China opfern wollte, war allerdings faktisch die Anerkennung der Hegemonialstellung Japans in Ostasien vollzogen - in der Erwartung, dass Japan dann auch eine entsprechende Führungsrolle Deutschlands in Europa akzeptieren werde. Eine Absteckung von »Großräumen« zeichnete sich damit bereits vage ab. Sie gewann stärkere Konturen durch die Konzeption eines »Weltpolitischen Dreiecks Berlin - Rom - Tokio«, die der von Hitler 1936 nach London mit dem Ziel des Abschlusses eines deutsch-britischen Bündnisses auf der Basis einer Überlassung des europäischen Kontinents an das nationalsozialistische Deutschland entsandte Botschafter Joachim von Ribbentrop unter dem Eindruck des Scheiterns seiner Mission Ende 1937 als Alternative entwickelt hatte und die er seit 1938 als Reichsaußenminister zu realisieren trachtete<sup>13</sup>.

Als Ersatz für das offenbar nicht zu erreichende Bündnis mit Großbritannien schlug Ribbentrop eine weltweite Bündniskonstellation gegen Großbritannien vor, deren Kern ein Militärbündnis zwischen Deutschland, Italien und Japan bilden sollte, das durch weitere europäische und asiatische Partner zu einem antibritischen »Block« ausgeweitet werden konnte. Sinn des Ganzen war es, die imperiale Position Großbritanniens in möglichst vielen Spannungszonen zu bedrohen, um den deutschen Eroberungszug nach Osten wenn schon nicht mit einer echten »Rückendeckung« durch ein Bündnis mit Großbritannien, dann doch wenigstens bei dessen Abseitsbleiben (Konzeption: »ohne« England, das zu einem weltweiten Drei- oder Mehrfrontenkrieg nicht in der Lage war) zu führen. Es gelang jedoch in den seit Frühjahr 1938 im Gange befindlichen Verhandlungen mit Japan nicht, mit diesem ein Militärbündnis mit Spitze gegen Großbritannien abzuschließen. Die Verhandlungen liefen bis August 1939 ergebnislos weiter<sup>14</sup>. Lediglich mit Italien konnte im Mai 1939 der »Stahlpakt« unterzeichnet werden<sup>15</sup>, der allerdings wegen der Schwächung Italiens durch Abessinien- und Spanienkrieg nach Mussolinis Einspruch nicht vor 1943 in einen gemeinsamen Krieg gegen die europäischen Westmächte einmünden sollte. Daher war das Risiko nicht auszuschließen, dass die Eröffnung des deutschen Eroberungszuges nach Osten unter den ungünstigsten Bedingungen (d.h. »gegen« England) gewagt werden musste<sup>16</sup>.

Die Illusion, dass dies doch noch vermieden werden könnte, wurde durch die sog. »Appeasement«-Politik der britischen Regierung unter Neville Chamberlain (seit Mai 1937) genährt<sup>17</sup>. Diese Politik war nicht Ausfluss einer moralischen Schwäche gegenüber auftrumpfenden Diktatoren, sondern eine Konsequenz aus der realpolitischen Einsicht, dass die durch die Bedrohung in drei Spannungszonen (Ostasien, Mittelmeerraum, Europa) politisch und militärisch total überforderte, »gealterte« Weltmacht Großbritannien des Friedens dringend bedurfte, weil das britische Weltreich nur im Frieden noch eine Zeitlang mit Mühe

<sup>11</sup> L. Li, *The Japanese Army in North China, 1937-1941*, Tokyo 1975.

<sup>12</sup> Th. Sommer, *Deutschland und Japan zwischen den Mächten 1935-1940. Vom Antikominternpakt bis zum Dreimächtepakt*, Tübingen 1962.

<sup>13</sup> W. Michalka, *Ribbentrop und die deutsche Weltpolitik 1933-1940. Außenpolitische Konzeptionen und Entscheidungen im Dritten Reich*, München 1980.

<sup>14</sup> Th. Sommer, aaO., S. 103ff.

<sup>15</sup> M. Toscano, *The Origins of the Pact of Steel*, Baltimore 1964.

<sup>16</sup> Die Differenzierungen mit »mit«, »ohne« und »gegen« England nach J. Henke, England in Hitlers politischem Kalkül 1935-1939, Boppard 1973.

<sup>17</sup> Zur Kontroverse über die britische »Appeasement«-Politik G. Niedhart, *Appeasement: Die britische Antwort auf die Krise des Weltreiches und des internationalen Systems vor dem Zweiten Weltkrieg*, in: *Historische Zeitschrift* 226 (1978), S. 63ff.

zusammengehalten werden konnte - neuralgische Punkte waren vor allem das nach Selbstständigkeit drängende Indien sowie die arabische Welt -, jeder neue große Krieg hingegen den im Weltkrieg 1914/18 eingeleiteten Auflösungsprozess des Empire nur beschleunigen würde. Gefährdet war zudem die Weltstellung Großbritanniens nicht nur durch die Revisions- und Expansionspolitik der drei »Have-nots«, sondern auch durch die »weltrevolutionäre« Agitation der Sowjetunion in den britischen Kolonien, besonders in Asien. Schließlich musste in einem neuen Weltkrieg unvermeidlich das ökonomische Gewicht und Potential der USA (im umfassendsten Sinne) in noch stärkerem Maße als 1917/18 zum Tragen kommen und direkt oder indirekt Großbritanniens Weltstellung schmälern, wenn nicht gar ablösen. Die britische Regierung Chamberlain suchte der angesichts des beschleunigten machtpolitischen Aufstiegs Hitler-Deutschlands seit Anfang 1938 aufdrängenden Alternativen einer engen Anlehnung Großbritanniens entweder an die USA oder eben an Deutschland, die auf eine - jeweils andersartige - »Juniorpartnerschaft« hinauslaufen musste, auszuweichen und stattdessen eine eigene politische Konzeption zu verwirklichen. Diese sah vor, im Zuge der Errichtung einer die Versailler Ordnung hinter sich lassenden neuen europäischen Ordnung ethnisch berechtigten deutschen Revisionsforderungen (Österreich, Sudetenland, Danzig) entgegenzukommen, wenn sich das Deutsche Reich in ein auf der Zusammenarbeit der vier europäischen Großmächte: Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien beruhendes, die Sowjetunion außerhalb dieses Europa lassendes System einfügte, nicht aber im Alleingang einen gewaltsamen Ausbruch nach Osten unternahm, der die Sprengung der in britischer Sicht immer noch für die Aufrechterhaltung seiner Weltstellung für zentral gehaltenen »balance of power« in Europa bedeutet hätte. Da Hitler mit seinen außenpolitischen Überrumpelungsaktionen ein Gelingen immer wieder in Frage stellte, wurde von der Regierung Chamberlain für den Fall eines völligen Scheiterns von »Appeasement« komplementär zur Politik der Friedenswahrung die Notwendigkeit eines Krieges ins Auge gefasst und von 1936 an eine verstärkte Aufrüstung eingeleitet<sup>18</sup>. Großbritannien verfolgte somit gleichsam eine »Doppelstrategie«: Bereitschaft zur Verhandlungslösung im Rahmen des Viermächtekonzepts, das Deutschland »einbinden« sollte, und Entschlossenheit zur Verteidigung seiner vitalen nationalen und globalen Interessen. Die britische Aufrüstung trug rein defensiven Charakter. Ein Präventivkrieg blieb selbst in der Planung ausgeschlossen; auch fehlte in ihr, namentlich in der Luftrüstung, das politisch gerade bei Hitler möglicherweise wirksame Moment der massiven Abschreckung, die die Risikoschwelle bei einer Fortsetzung seiner Aktionen gegen einzelne Nachbarn verdeutlicht hätte.

Eine Schwerpunktverlagerung innerhalb der über alle Krisen hinweg fortgesetzten britischen »Doppelstrategie« von einer Betonung der »Konzessionsbereitschaft« zu einem Akzent auf »Widerstand« fand unter dem Eindruck von Hitlers »Griff nach Prag«, der Errichtung des »Protektorats Böhmen und Mähren« am 15. März 1939, statt, mit der Hitler erstmals die bis dahin nolens-volens eingehaltene ethnische Grenze bei der Expansion seines Reiches überschritten hatte. Die Garantie der Unabhängigkeit Polens durch Großbritannien am 31. März 1939 sollte Hitler signalisieren, dass seine Spekulation auf eine weitere »störungsfreie« Abwicklung seines Expansions-»Programms« auf der Basis des Konzepts »ohne« England verfehlt sei. Die Garantie-Erklärung demonstrierte, dass Großbritannien die Existenz eines unabhängigen Polen (nicht die »Festschreibung« seiner Grenzen, die durchaus, sofern ethnisch begründet, in britischer Sicht revidiert werden konnten) als Gegengewicht gegen Deutschland im Osten (ebenso wie die Stellung Frankreichs im Westen des Kontinents) als in seinem vitalen Interesse liegend betrachtete. Der britischen Garantieerklärung für Polens Unabhängigkeit vorausgegangen war am 26. März 1939 die endgültige Absage Polens gegenüber dem seit Oktober 1939 unternommenen Werben Hitlers und Ribbentrops um die Einfügung Polens in den Kranz der einseitig auf das »Großdeutsche Reich« hin orientierten Klein- und Mittelstaaten Osteuropas, wobei für die Rückgliederung Danzigs an das Deutsche Reich und - für sich genommen - bescheiden wirkende Revisionen im Bereich des polnischen »Korridors« zu deutschen Gunsten (Bau einer exterritorialen Autobahn und Festlegung einer exterritorialen Eisenbahnverbindung zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reichsgebiet) mit der Gewinnung von Teilen der Ukraine im Zuge der von Hitler anvisierten großen gemeinsamen deutsch-polnischen Ostexpansion gewinkt worden war<sup>19</sup>. In jedem Falle war mit der britischen Garantie der Unabhängigkeit Polens eine wichtige Voraussetzung für den Aufbau eines deutschen Kontinentalimperiums - in Etappen nacheinander, ohne dass ein großer europäischer Krieg daraus erwuchs -, gescheitert, Hitler der Weg »ins Freie« nach Osten verbaut. Hielt dieser an dem Etappenziel einer - nun nur noch gewaltsam möglichen - Einbeziehung Polens in

<sup>18</sup> N.H. Gibbs, *Grand Strategy*, Vol. I: *Rearment Policy*, London 1976.

<sup>19</sup> H. Roos, *Polen und Europa. Studien zur polnischen Außenpolitik 1931-1939*, Tübingen 1957.

seinen Machtbereich fest – und die Bereitschaft dazu bekundete er während des Sommers 1939 immer wieder: Danzig sei »nicht das Objekt«, um das es gehe, es handele sich vielmehr um die »Erweiterung des Lebensraumes im Osten« (23. Mai 1939)<sup>20</sup> - dann kam es sogleich zu einem Krieg gegen Großbritannien -  
5 und gegen Frankreich. Dieses hatte sich seit 1936 immer enger an Großbritannien und dessen »Appeasement«-Politik angelehnt - im eigenen Interesse, da die innenpolitisch begründete Schwäche es nahelegte, einen Krieg möglichst zu vermeiden. Nun aber musste es, um nicht in die Isolierung zu geraten, die  
Schwerpunktverlagerung der britischen Politik in Richtung Verteidigungsanstrengungen mitmachen, auch  
10 wenn die Parole »Mourir pour Danzig?« in der französischen Öffentlichkeit den Zwiespalt der Emotionen  
- anders als 1914 - deutlich machte<sup>21</sup>.

Die Entscheidung der britischen Regierung, sich auf Polen und nicht auf die Sowjetunion als »Widerlager«  
im Osten Europas gegen Hitler-Deutschlands Expansionspolitik festzulegen, hatte politische und militäri-  
sche Gründe. Abgesehen von dem prinzipiellen Misstrauen eines Teils der britischen Regierung, speziell  
15 Chamberlains selbst, gegenüber den langfristigen Zielen der Sowjetunion fürchtete die Regierung, dass  
ein Paktabschluss mit der Sowjetunion mit einem Militärbündnis Deutschland - Japan - Italien »beantwor-  
tet« und dass damit gerade die für Großbritannien gefährlichste weltpolitische Situation heraufbeschworen  
würde, die man unbedingt zu vermeiden trachtete: ein »Zusammenfließen« der Spannungszonen in  
Ostasien, im Mittelmeerraum und Europa in einem Krieg gegen die drei »Have-nots«, während die Stüt-  
20 zung Polens den Konflikt auf Europa beschränkte, weil die Verbindung Großbritanniens mit Polen Italien  
und Japan nicht tangierte. Mindestens ebenso wichtig war die äußerst geringe Einschätzung der Kampf-  
kraft der Roten Armee infolge der großen »Säuberung« ihres Offizierskorps 1937/38. Nicht die Sowjet-  
union, sondern Polen wurde als weitaus stärkste Militärmacht in Osteuropa und damit im Interesse der  
Aufrechterhaltung der »balance of power« in Europa als der bedeutendere Faktor angesehen. Die Alter-  
25 native, eine »Große Allianz« mit der Sowjetunion anzusteuern, wie die Labour Party, aber auch die kon-  
servative Oppositionsgruppe (gegenüber Chamberlain) um Churchill es befürworteten, wurde daher nicht  
als eigentliches Ziel, sondern - nach der Festlegung auf Polen - als diese zusätzlich abstützende Hilfskon-  
struktion in den Moskauer Verhandlungen während des Sommers 1939 halbherzig angestrebt.

Diese britische Politik nach Hitlers Prager »Coup« bestätigte ihrerseits das Misstrauen, mit dem Stalin die  
Haltung Großbritanniens gegenüber Hitler-Deutschland seit 1933 verfolgt hatte. Die »Appeasement«-  
30 Politik wurde von ihm von Anfang an als Versuch fehlgedeutet, Hitler nach Osten »abzulenken«<sup>22</sup>. Das  
Münchener Abkommen vom September 1938, das die Tschechoslowakei als Barriere ausschaltete und  
ohne jede Beteiligung der Sowjetunion zustande gekommen war, wirkte somit auf ihn wie ein Alarmsig-  
nal: es galt daher nun die ideologische Frontstellung gegen das »faschistische« Deutschland abzubauen,  
um pragmatische Entscheidungen in einer sich schnell wandelnden europäischen Konstellation treffen zu  
35 können. (Dabei steht - für den Historiker - fest, dass Hitler weder von britischer noch von französischer  
Seite »freie Hand im Osten« zugestanden wurde, auch nicht in der relativ am stärksten vom »Appease-  
ment« bestimmten Phase zwischen »München« und »Prag« im Winter 1938/39. Nicht einmal in Südost-  
europa konnte infolge der fortdauernden Stärke der britischen und französischen Kapitalinteressen vor  
Kriegsbeginn das Konzept eines deutsch-beherrschten »Großwirtschaftsraumes« realisiert werden<sup>23</sup>.)

Die seit 1931 in sowjetischer Sicht bestehende potentielle Zweifrontensituation des »einzigen sozialisti-  
schen Landes« (gegen Japan und gegen Deutschland) schien im Sommer 1939 aktuell zu werden; denn  
seit Mai 1939 tobten im mandschurisch-mongolischen Grenzgebiet schwere Kämpfe zwischen der japani-  
schen »Kwantung-Armee« und den sowjetischen Fernost-Einheiten<sup>24</sup>. Eine Fortsetzung der britischen  
»Appeasement«-Politik über die Zäsur des 15. März 1939 hinaus, wie sie in den Gesprächen des Ministe-  
45 rialdirektors Wohltat von Görings »Vierjahresplan«-Dienststelle mit Vertrauten des Premierministers  
Chamberlain Ende Juli 1939 zum Ausdruck kam<sup>25</sup>, drohte die sowjetische Spekulation auf einen großen  
Krieg zwischen den »imperialistischen« Hauptmächten zuschanden zu machen. Ein Erfolg dieses - aller-

<sup>20</sup> IMT, Bd. XXXVII, Dok. L-079, S. 546ff.

<sup>21</sup> A.P. Adamthwaite, *France an die Coming of the Second World War 1936-1939*, London 1977.

<sup>22</sup> A. Hillgruber, *Der Hitler-Stalin-Pakt und die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges – Situationsanalyse und Machtkalkül der beiden Pakt-Partner*, in: *Historische Zeitschrift* 230 (1980), S. 339ff.

<sup>23</sup> Ph. Marguerat, *Le III<sup>e</sup> Reich et le pétrole roumain 1938-1940. Contribution à l'étude de la pénétration économique allemande dans les Balkans à la veille et au début de la Seconde Guerre Mondiale*, Leiden/Genève 1977.

<sup>24</sup> J.W. Morley (Ed.), *Deterrent Diplomacy: Japan, Germany and the USSR 1935-1940*, New York 1976.

<sup>25</sup> H. Metmacher, *Deutsch-englische Ausgleichsbemühungen im Sommer 1939*, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 14 (1966), S. 369ff.

dings an Hitlers Entschlossenheit, sich nicht in das britische Europa-Konzept »einbinden« zu lassen, wie an der Ablehnung der alarmierten britischen Öffentlichkeit gescheiterten - »letzten Versuchs« eines großzügigen britisch-deutschen Arrangements hätte in der Sicht Stalins ebenso eine Gefahr für die Sicherheit der Sowjetunion bedeutet, wie er den Eindruck hatte, dass er durch die Verhandlungen mit den britischen und französischen Militärdelegationen, die Mitte August 1939 endlich in Moskau begannen, in eine Falle gelockt werden sollte. Versagte nämlich die durch den Abschluss der »Großen Allianz« westlicherseits unterstellte Abschreckung, dann stand für Stalin fest, dass die Sowjetunion die Hauptlast des großen Krieges Hitler-Deutschlands gegen diese Allianz tragen würde. Die europäischen Westmächte aber waren nicht einmal bereit, für den gewünschten Einsatz der Roten Armee den 1919/20 gegen Sowjetrußland errichteten »Cordon sanitaire« aufzugeben und wenigstens die baltischen Staaten der Sowjetunion zu überlassen<sup>26</sup>. Sie hielten offensichtlich als Leitvorstellung immer noch an der inzwischen zu tiefst fragwürdig gewordenen europäischen Ordnung fest, die an der Lage von 1919/20 orientiert war.

Der Abschluss des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes in Moskau am 23. August 1939<sup>27</sup>, der die wohlwollende Neutralität der Sowjetunion bei dem bevorstehenden deutschen Angriff auf Polen sicherstellte und im »Geheimen Zusatzprotokoll« eine Aufteilung ganz Ostmitteleuropas in eine deutsche (Polen bis zur Wechsel, Litauen) und eine sowjetische »Interessenssphäre« (Finnland, Estland, Lettland, Bessarabien) vorsah, entsprach hingegen nicht nur dem aktuellen Interesse Hitlers, sondern auch dem langfristigen Stalins. Da das antibritische Militärbündnis mit Japan nicht zustande kam und der »Stahlpakt« mit Italien für die Situation im Sommer 1939 ohne Wert war, sollte in der Sicht Hitlers die überraschende »Neuordnung« des deutsch-sowjetischen Verhältnisses die Regierungen in Großbritannien und Frankreich von einem Eingreifen in den (von Hitler regional begrenzt angelegten) Krieg gegen Polen zurückhalten und, falls es doch zu einem europäischen Krieg kommen sollte, dem Deutschen Reich nach der Ausschaltung Polens Rückenfreiheit für den dann eben doch gleich zu führenden Krieg im Westen bieten. Es waren dies alles Vorteile, die Hitler für das Reich als kriegführende Macht erwartete. Demgegenüber versetzte der Pakt mit Hitler Stalin in die seit jeher von diesem angestrebte Position einer außerhalb des »imperialistischen Krieges« bleibenden Macht. An die Stelle der bisher vorherrschenden traumatischen Vorstellung von einer allseitigen Bedrohung durch die »kapitalistisch-imperialistischen« Mächte konnte bei Stalin nun das Bewusstsein treten, sich international in der äußerst günstigen Position der »Hinterhand« zu befinden und von allen kriegführenden Mächten respektiert, ja umworben zu werden. Die Unterstützung in dem nun höchstwahrscheinlich gewordenen europäischen Krieg aber musste die seiner Einschätzung nach schwächere Macht, Hitler-Deutschland, erhalten, damit sie nicht so bald der - hinsichtlich ihres Potentials, insbesondere wenn man die hinter ihr stehenden USA mit berücksichtigte, weitaus stärkeren - »Gruppierung« der europäischen Westmächte erlag, die im Falle ihres Sieges ihre Machtsphäre über Deutschland hinweg nach Osten, bis an die Sowjetunion heran vorschieben würden, die damit künftig mit einem geschlossenen »imperialistischen Block« konfrontiert würde. Der Krieg musste im Interesse der Sowjetunion lange dauern und sollte zu einer wechselseitigen Erschöpfung der beiden »imperialistischen Gruppierungen« führen. Nur dann war die Sowjetunion in der Lage, wie es Stalin anstrebte, in der Schlussphase des Krieges machtvoll einzugreifen und ihr »Gewicht in die Waagschale« zu werfen.

Was hat Hitler bewogen, die für ihn so außerordentlich günstige Konstellation nach Abschluss des Paktes mit der Sowjetunion nicht politisch auszukosten, sondern direkt auf den Krieg loszusteuern<sup>28</sup>? Es waren ein subjektiver und ein quasi-objektiver Zeit-Faktor, die ihn trotz des Risikos, über den Fall Polen in einen - vom Stand der auf 1942-1944 hin orientierten deutschen Rüstungsplanung, vor allem zur See und in der Luft<sup>29</sup>, her geurteilt - zu frühen Krieg gegen die Westmächte verwickelt zu werden, in den entscheidenden Tagen zwischen dem 25. August (als er unter dem Eindruck des Abschlusses eines britisch-polnischen

<sup>26</sup> A. Hillgruber, *Der 'Cordon Sanitaire' im Zweiten Weltkrieg*, in: W. Pöls (Hrsg.), *Staat und Gesellschaft im politischen Wandel. Beiträge zur Geschichte der modernen Welt*, Stuttgart 1979, S. 539ff.

<sup>27</sup> A. Hillgruber/K. Hildebrand, *Kalkül zwischen Macht und Ideologie. Der Hitler-Stalin-Pakt: Parallelen bis heute?* Zürich 1980.

<sup>28</sup> Dieses Problem ist in der Forschung kontrovers beantwortet worden. T.W. Mason, *Zur Funktion des Angriffskrieges 1939*, in: G. Ziebur (Hrsg.), *Grundfragen der deutschen Außenpolitik seit 1871*, Darmstadt 1975 (= *Wege der Forschung*, Bd. CCCXV), S. 376ff., deutet die Entscheidung zum Krieg als »Flucht nach vorn« angesichts einer ökonomischen Krise und damit verbundenen sozialen Spannungen in Deutschland 1939; G.L. Weinberg, *Deutschlands Wille zum Krieg. Die internationalen Beziehungen 1937-1939*, in: W. Benz/H. Graml (Hrsg.), *Sommer 1939*, aaO., S. 15ff., sieht sie als Konsequenz der auf die Eroberung Kontinentaleuropas abzielenden Expansionspolitik Hitlers. Das für die internationalen Beziehungen der dreißiger Jahre ausschlaggebende Gewicht der deutschen Aufrüstung betont M. Geyer, *Aufrüstung oder Sicherheit. Die Reichswehr in der Krise der Machtpolitik 1924-1936*, Wiesbaden 1980.

<sup>29</sup> Zum Stand der deutschen Rüstung 1939: R. Wagenführ, *Die deutsche Industrie im Kriege 1939-1945*, Berlin 1963.



Militärbündnisses und der Absage Mussolinis an eine Teilnahme Italiens den schon an die Wehrmacht erteilten Befehl zum Angriff auf Polen rückgängig machte) und dem 31. August (als er diesen Befehl trotz unveränderter Gesamtlage endgültig gab) den Absprung in den Krieg finden ließen: Subjektiv war der Zeitfaktor für Hitler wichtig, weil er einerseits davon überzeugt war, dass er nicht alt werden würde, andererseits aber davon durchdrungen war, dass nur er allein, nicht aber irgendein Nachfolger, zu wahrhaft »großen« Entschlüssen fähig sei, folglich sein »Programm« jetzt, da er sich mit seinen Kräften voll dazu in der Lage meinte, in das entscheidende Stadium der Realisierung treten müsse. Objektiv fiel ins Gewicht, dass die durch die bereits 1933 massiv eingeleitete (wenngleich noch keineswegs auf dem geplanten Höchststand befindliche) Aufrüstung erreichte, 1939 noch bestehende qualitative Überlegenheit Deutschlands in absehbarer Zeit verloren zu gehen drohte, nachdem die potentiellen Gegner, voran Großbritannien, ihrerseits mit der Aufrüstung begonnen hatten. Angesichts der überlegenen Ressourcen der potentiellen Gegner musste der deutsche Rüstungsvorsprung ab Mitte 1940 schnell abnehmen. Ein erneutes rüstungsmäßiges Vorbeiziehen an den möglichen oder tatsächlichen Gegnern war dann aber nicht mehr möglich, denn diese konnten Deutschland in dem zu erwartenden Rüstungswettlauf leicht »ausproduzieren« und das Reich selbst ohne eine entscheidende Gewaltaktion »matt« setzen. Der - wie es Hitler sah - »schmale Korridor«, der allein den Durchbruch zu den Fernzielen seines »Programmes« öffnete, musste jetzt durchheilt werden, solange insbesondere die USA rüstungsmäßig noch »schliefen«.

Des hohen Risikos war sich Hitler durchaus bewusst. Als Göring, der zum Ausgleich mit Großbritannien riet, am 29. August 1939 gegenüber Hitler äußerte: »Wir wollen doch das Vabanque-Spielen lieber lassen«, lautete Hitlers Antwort nur: »Ich habe in meinem Leben immer Vabanque gespielt.«<sup>30</sup> Er gab in kleinem Kreise sogar offen zu, dass der »der Krieg sehr schwer«, vielleicht sogar »aussichtslos« sein werde. Doch: »Solange ich lebe, wird von Kapitulation nicht gesprochen.«<sup>31</sup> Militärisch war außer einem seit April 1939 vom Generalstab des Heeres erarbeiteten Feldzugsplan zur Eroberung Polens nichts vorbereitet. Eine strategische Gesamtplanung für einen europäischen Krieg in der am 3. September dann eingetretenen Mächtekonstellation gab es auf deutscher Seite bemerkenswerterweise nicht.

Demgegenüber hatte sich Großbritannien seit Anfang 1939 konsequent auf den Fall eines Krieges gegen Deutschland mit der Aufstellung eines strategischen Grundplans vorbereitet<sup>32</sup>. Er war defensiv gehalten und legte den Akzent auf die Sicherung seiner lebenswichtigen Seeverbindungen, wobei die Sicherung der atlantischen Seewege, die das britische Mutterland mit den Mitgliedern des Commonwealth, den Kolonien und den USA verbanden, als vital betrachtet wurde. Diese Aufgabe wurde in dem Kriegsplan der britischen Admiralität vom 30. Januar 1939 »als von höchster Wichtigkeit« bezeichnet. Den zweitwichtigsten Platz nahm die Aufrechterhaltung der imperialen Stellung Großbritanniens im Mittelmeerraum ein, doch wurde - in Überschätzung der militärischen Fähigkeiten Italiens - ein zeitweiliger Verlust durchaus in Rechnung gestellt. Demgegenüber musste eine Gefährdung der atlantischen Zufahrtswege unter Einsatz der gesamten See- und Luftmacht Großbritanniens unbedingt abgewehrt werden. (Gegenüber der auf diesen neuralgischen Punkt der Sicherung Großbritanniens gerichteten seestrategischen Konzeption des Befehlshabers der deutschen Unterseeboote, Dönitz, der den Schwerpunkt der deutschen Aufrüstung zur See auf den Bau einer relativ schnell zu erreichenden großen U-Boot-Flotte legen wollte, hatte Hitler sich im Januar 1939, dem Vorschlag des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine Raeder entsprechend, wohl im Blick auf seine Fernziele, eher gegen die USA als gegen Großbritannien, für den Bau einer gewaltigen deutschen Überwasserflotte entschieden, die ab 1944 einsatzfähig würde und sinnvollerweise bereits den Besitz der Atlantikhäfen in Norwegen und Westfrankreich voraussetze; von ihr war im Sommer 1939 lediglich ein Torso vorhanden.<sup>33</sup>)

Nach Hitlers »Griff nach Prag« wurde in britisch-französischen Stabsbesprechungen am 4. April 1939 eine strategische Rahmenvereinbarung für eine gemeinsame Kriegführung getroffen. Sie ging von der Annahme aus, dass Deutschland und Italien den Krieg als Verbündete eröffnen würden und dass angesichts von deren Überlegenheit zu Lande und in der Luft auf Zeit gespielt werden müsse, um das überlegene Wirtschaftspotential der Westmächte zur Geltung zu bringen. Der auf sieben Jahre Dauer geschätzte Krieg sollte in drei Phasen zugunsten der Verbündeten gewendet werden: zunächst reine Defensive; in der zweiten Phase Übergang zur Offensive gegen Italien als der weitaus schwächeren Feindmacht, endlich - in

<sup>30</sup> L.E. Hill (Hrsg.), *Die Weizsäcker-Papiere 1933-1950*, Berlin/Frankfurt a. Main 1974, S. 162 u. 164.

<sup>31</sup> *Generaloberst Halder, Kriegstagebuch* Bd. I, bearbeitet von H.-A. Jacobsen in Verbindung mit A. Philippi, Stuttgart 1962, S. 38.

<sup>32</sup> J.R.M. Butler, *Grand Strategy*, Vol. II (Sept. 1939 – June 1941), London 1957.

<sup>33</sup> J. Dülffer, *Weimar, Hitler und die Marine. Reichspolitik und Flottenbau 1920-1939*, Düsseldorf 1973.

sehr vager Form formuliert - Übergang zum Angriff auf Deutschland. Auch als am 4. Mai 1939 über die Einbeziehung Polens in die gemeinsame Kriegführung diskutiert wurde, setzte sich die britische Seite mit dem beschlossenen Festhalten an der generellen Defensive im Westen durch, selbst wenn die Polen von den Deutschen überrannt werden sollten - was man allerdings erst nach einem halbjährigen militärischen Widerstand annahm -, da das Schicksal Polens durch den Ausgang des Gesamtkrieges entschieden würde, nicht aber von einem von der gegebenen Einschätzung des Kräfteverhältnisses her nicht zu verantwortenden Versuch eines direkten oder - über eine Offensive gegen den deutschen »Westwall« - indirekten Eingreifens in die deutsch-polnischen Kampfhandlungen abhinge. (Die deutschen Möglichkeiten, während des laufenden Polenfeldzuges an zwei Fronten erfolgreich zu operieren, wurden von den Alliierten gewaltig überschätzt; tatsächlich hätten die recht schwachen deutschen Kräfte im Westen einer konzentrierten französischen Offensive wohl nicht standhalten können; andererseits hatte der französische Generalstab seit 1920 keinerlei Offensiv-Konzept mehr entwickelt.) Trotz dieser eindeutigen Absprache mit den Briten kam es am 19. Mai 1939 zu einer zutiefst fragwürdigen Vereinbarung zwischen dem französischen und dem polnischen Generalstab, der zufolge am 15. Tag nach Aufnahme eines deutschen Angriffs auf Polen die französische Armee zu einem Angriff auf die deutsche Westgrenze antreten sollte<sup>34</sup>.  
[...]

Wie jedoch das von Großbritannien verfochtene Hauptziel: eine Wiederherstellung des europäischen Gleichgewichts erreicht werden könnte, blieb völlig offen, zumal das sowjetische Interesse, eine Rückkehr zur Konstellation von 1919/20 bzw. 1933, die für die Sowjetunion alles andere als vorteilhaft gewesen war, zu verhindern, nicht ins Kalkül gezogen worden wurde.

Hat die Politik der USA in den Jahren 1937-1939 zur Wendung der britischen und französischen Politik vom »Appeasement« zum Widerstand gegen die deutsche Expansionspolitik in Europa wesentlich beigetragen, hat sie den schwankenden Regierungen Großbritanniens und Frankreichs den Rücken gesteuert<sup>35</sup>? Präsident Roosevelt hatte mit seiner »Quarantäne«-Rede in Chicago am 5. Oktober 1937, wenige Monate nach Beginn des japanischen Angriffs auf China, seine schon immer vertretene moralische Ablehnung der totalitären und autoritären Regime in Europa und Ostasien erstmals andeutungsweise zu politischen Konsequenzen verdichtet, so dass der deutsche Botschafter in Washington, Dieckhoff, in seiner Lage-Analyse vom 7. Dezember 1937 darauf hinwies, dass in dem Fall, dass Großbritannien in einen Konflikt um seine Existenz gerate, die USA »ihr Schwergewicht in die englische Waagschale legen« würden<sup>36</sup>.

In der Tat vollzog sich von da an bis 1939 eine »graduelle Wendung der amerikanischen Politik« von einem (politisch-militärischen, nicht wirtschaftlichen) »Isolationismus« hin zu einem verstärkten »Interventionismus«. Der Abschluss eines Handelsabkommens zwischen den USA und Großbritannien im November 1938, das das Deutsche Reich ausdrücklich von den Meistbegünstigungsvorteilen ausschloss, markierte ein Zusammenrücken der beiden Mächte im ökonomischen Bereich, wie dies angesichts der bestehenden Konkurrenzsituation zwischen ihnen noch wenige Jahre zuvor kaum für möglich gehalten worden wäre. Zeitlich fiel es mit der Krise im amerikanisch-deutschen Verhältnis nach den antisemitischen Ausschreitungen in der sog. »Reichskristallnacht« vom 9./10. November 1938 und der daraufhin erfolgenden Rückberufung des amerikanischen Botschafters in Berlin, Wilson, - mit der »Antwort«, dass auch Dieckhoff nach Berlin zurückgerufen wurde - zusammen. In seiner Botschaft an den Kongress vom 4. Januar 1939 forderte Roosevelt, den »Aggressoren« müsste mit Methoden »short of war« entgegengetreten werden. Atmosphärisch noch stärker belastet wurde das amerikanisch-deutsche Verhältnis jedoch vor allem durch Hitlers »Warnung« und »Drohung« an das »internationale Finanzjudentum innerhalb und außerhalb Europas« in seiner Reichstagsrede vom 30. Januar 1939, dass, falls es »die Völker noch einmal in einen Weltkrieg stürzen« sollte, dann »das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein (würde), sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa«<sup>37</sup>. In den folgenden Monaten haben in der Tat insbesondere die Botschafter der USA in Paris (Bullitt) und Warschau (Biddle) den Regierungen Frankreichs und Polens den Eindruck zu vermitteln versucht, dass die USA ein harte Haltung gegenüber neuen Pressionen Hitlers befürworteten und im Kriegsfall, wenn auch nicht

<sup>34</sup> H. Roos, *Die militärpolitische Lage und Planung Polens gegenüber Deutschland vor 1939*, in: *Wehrwissenschaftliche Rundschau* 7 (1957), S. 198ff.

<sup>35</sup> G. Moltmann, *Die weltpolitische Lage 1936-1939. Die USA*, in: O. Hauser (Hrsg.), *Weltpolitik 1933-1939*, aaO., S. 146ff.

<sup>36</sup> *Akten zur deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945*, Serie D., Bd. I, Baden Baden 1950, S. 535.

<sup>37</sup> M. Domarus (Hrsg.), *Hitler, Reden und Proklamationen 1932-1945*, Bd. II: *Untergang (1939-1945)*, Neustadt (a.A.) 1963, S. 1058.

sogleich, so doch später an der Seite der westlichen Demokratien in den neuen großen Krieg in Europa eingreifen würden<sup>38</sup>.

Allerdings zeigte sich im Sommer 1939 auch, dass Präsident Roosevelt mit seinen Anstrengungen, Konsequenzen aus seiner Einsicht in die Gefahren zu ziehen, die von der Expansionspolitik Deutschlands und Japans, längerfristig gesehen, auch für die USA ausgingen, alles andere als erfolgreich war. Weder beeindruckte er Hitler mit seinem Friedensappell vom 14. April 1939, den dieser in seiner Reichstagsrede vom 28. April 1939, in der er auch das Flottenabkommen mit Großbritannien vom 18. Juni 1935 und den Nichtangriffspakt mit Polen vom 26. Januar 1934 kündigte, höhnisch zurückwies. Noch überzeugte Roosevelts am 5. August 1939 übermittelte Warnung Stalin, ein im Westen Europas siegreiches Deutschland werde die Sicherheit der Sowjetunion ebenso wie die der USA bedrohen und daher sei es das Gebot der Stunde, dass sich beide zur Abwendung dieser Gefahr zusammenschlossen. Vor allem gelang es Roosevelt nicht, die - weit über die allgemeinen völkerrechtlichen Normen hinausgehende - Rigorosität des während des Abessinien-Krieges 1935/36 vom Kongress beschlossenen Neutralitätsgesetzes abzuschwächen. Diese waren damals ausdrücklich mit der Begründung verabschiedet worden, es solle ein Hineingleiten der USA in einen neuen großen Konflikt wie 1914/17 verhindert werden. Roosevelt gelang es nicht einmal, die während des Spanischen Bürgerkrieges 1937 eingeführte »cash-and-carry«-Klausel zum amerikanischen Neutralitätsgesetz, die dieses - da die britische Flotte den Atlantik beherrschte und folglich im Kriegsfall nur Großbritannien in der Lage war, Nachschubgüter in den USA zu kaufen und über den Atlantik zu transportieren - faktisch zugunsten der europäischen Westmächte modifiziert hatte, über den 1. Mai 1939 hinaus fort dauern zu lassen. Der Kongress setzte die Streichung der Klausel durch, so dass die faktisch den »Aggressoren« zugute kommende ursprüngliche Form des Neutralitätsgesetzes ausgerechnet in der Krise des Sommers 1939 wieder in Kraft gesetzt war. Bei aller Sympathie für die Sache der westeuropäischen Demokratien, die in den USA in demoskopischen Umfragen zum Ausdruck kam, stellte der Wille der großen Mehrheit der Bevölkerung und des Kongresses, einem neuen Krieg unbedingt fernzubleiben, für Roosevelt ein schwer zu überwindendes Hindernis dar, aus seiner weltpolitischen Lagebeurteilung die machtpolitischen, gegebenenfalls auch die militärischen Konsequenzen zu ziehen<sup>39</sup>. Roosevelt und mit ihm die sogenannten »Internationalisten« in der amerikanischen Führung verstanden das aus ineinander verschränkten wirtschaftlichen, militärstrategischen und nicht zuletzt ideellen Elementen resultierende »nationale Interesse« der USA global (es wurde bedroht durch die Expansion Japans und Deutschlands, die u.a. die USA vom chinesischen und europäischen Markt abdrängten) - im Gegensatz zu ihren bis 1940 sehr starken innenpolitischen Opponenten, den sogenannten »Isolationisten«, die die machtpolitische Stellung der USA auf ihren Vorrang in der »westlichen Hemisphäre«, also auf den weiten Bereich des amerikanischen Doppelkontinents beschränkt sehen wollten. Roosevelts Ziel war es, die USA auf eine in seiner Sicht unvermeidbar auf Amerika zukommende weltweite Auseinandersetzung mit Deutschland und Japan vorzubereiten. Er strebte mit dem Sieg über diese beiden Mächte langfristig eine indirekte, auf ihrer ökonomischen Überlegenheit, auf einer festen machtpolitischen Stellung in der Welt (als See- und Luftmacht auf den Weltmeeren und an den »Gegenküsten« in Europa, Afrika und Asien) sowie auf der Ausstrahlungskraft der amerikanischen Ideale beruhende Führungsrolle der USA an. Schon vor Beginn des Krieges in Europa sah er die Sowjetunion, nicht wegen irgendwelcher ideologischen Sympathien, sondern wegen der strategisch-sicherheitspolitischen Funktion, die dieser bei fortschreitender Expansion Deutschlands und Japans quasi automatisch zufiel, als potentiell wirksamstes machtpolitisches Gegengewicht gegen die »Aggressoren« an<sup>40</sup>.

Während Roosevelt spätestens 1938 die Hauptgefahr für den Weltfrieden und - in längerfristiger Sicht - für die Sicherheit der USA von Hitler-Deutschland ausgehen sah, hielten die militärischen Führungsstäbe der USA - wie durchgehend seit den zwanziger Jahren - weiterhin Japan für die Gefahr Nr. 1. Dem entsprach, dass von den militärischen Rahmenstudien, die dem Präsidenten am 30. Juni 1939 vorgelegt wurden, der Plan, der im Falle eines Zweizonenkrieges gegen Deutschland und Japan (»Rainbow 5«) die Entscheidung zunächst im Kriege gegen Deutschland suchen wollte, der Plan also, welcher der der Langzeiteinschätzung durch den Präsidenten gemäß gewesen wäre, vorerst außer Betracht blieb.

Es stand somit fest, dass die USA - vornehmlich aus innenpolitischen Gründen - zunächst dem europäi-

<sup>38</sup> O. Bullit (Ed.), *For the President – Personal and Secret: Correspondence between F.D. Roosevelt and W.C. Bullit*, Boston 1972.

<sup>39</sup> D. Junker, *Der unteilbare Weltmarkt. Das ökonomische Interesse in der Politik der USA 1933-1941*, Stuttgart 1975.

<sup>40</sup> F. Knipping, *Die amerikanische Rußlandpolitik in der Zeit des Hitler-Stalin-Pakts 1939.1941*, Tübingen 1974.

schen Krieg fernbleiben würden und dass ihre Aufmerksamkeit stark auf Ostasien gerichtet blieb. Mit der Kündigung des seit 1911 bestehenden Handelsvertrages mit Japan am 26. Juli 1939 wurde insofern ein wichtiger Akzent gesetzt, als die britische Regierung gerade wenige Tage zuvor - im Blick auf die Zuspitzung der Krise in Europa - sich durch ein Japans Position in China entgegenkommendes Abkommen (22. Juli 1939) auf dem ostasiatischen Spannungsfeld Entlastung verschafft hatte<sup>41</sup>. Japan aber sah sich, da es gleichzeitig (August 1939) in dem zu einem Grenzkrieg größeren Stils ausgeweiteten »Zwischenfall von Nomonhan« am Chalchin-Gol (Mai 1939) im mandschurisch-mongolischen Grenzgebiet eine schwere militärische Niederlage erlitt, unter doppeltem außenpolitischen Druck<sup>42</sup>. Die Entscheidung außerhalb des europäischen Krieges zu bleiben, wurde durch die - als Vertragsbruch des »Antikominternpakt«-  
10 Partners Deutschland gedeutete - Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts am 23. August 1939 noch zusätzlich begründet. Unter Prestigeverlust sah sich Japan genötigt (um wieder Bewegungsfreiheit zu erlangen), am 15. September 1939 mit der Führung der Roten Armee in Fernost einen Waffenstillstand abzuschließen, zwei Tage, bevor die Sowjetunion ihrerseits von der politischen und militärischen Rückenbedrohung in Ostasien befreit, nach Polen einrückte (17. September 1939) und damit  
15 erstmals - regional und zeitlich streng begrenzt - in den europäischen Krieg eingriff.

Zieht man Bilanz des Jahrzehnts weltpolitischer Krisen und Konflikte, seitdem die Weltwirtschaftskrise das Fundament der globalen Ordnung von 1919/20, die Fähigkeit der USA und der europäischen Westmächte, durch ihr ökonomisches und machtpolitisches Gewicht den allgemeinen Frieden zu sichern und die »Have-nots« auf den Weg des »peaceful change« als einzige Möglichkeit einer Revision zu ihren  
20 Gunsten zu verweisen, in Frage gestellt hatte, dann sind zwar schwere regionale Konflikte im Mittelmeerraum wie in Ostasien zu registrieren, die von den Expansionsbestrebungen des faschistischen Italien und des seit Anfang der dreißiger Jahre immer stärker einer autoritär-militaristischen Führung unterworfenen Japan ausgingen. Doch alle Spannungen dort waren, wohl weil sie zwar wichtige, aber nicht vitale Interessen der etablierten Großmächte trafen, nicht von solcher Qualität, dass sie einen mit dem Weltkrieg  
25 1914/18 vergleichbaren Konflikt zwischen den Großmächten auszulösen vermochten. Eben dies trat in der Folge des deutschen Angriffs auf Polen jedoch ein, der in der Sicht der britischen Regierung, stärker noch: in der des britischen Parlaments und der Mehrheit der britischen Nation, lebenswichtige Interessen Großbritanniens und fundamentale Prinzipien seiner Politik (be)traf. Insofern ist trotz aller berechtigten Abwehr isolierter deutscher oder europäischer Betrachtungsweisen und trotz aller notwendigen Betonung der schon seit Anfang der dreißiger Jahre im Gange befindlichen weltweiten Auseinandersetzung,  
30 die immer stärker die Konturen eines weltweiten Konflikts zwischen den etablierten und den »revisionistischen« Großmächten annahm, an der These der direkten »Entfesselung« des europäischen Krieges 1939 durch Hitler-Deutschland festzuhalten<sup>43</sup>. Der für Deutschland zunächst erfolgreiche Verlauf des Krieges, der infolge des militärischen Engagements der Commonwealth-Mitglieder (und des französischen Kolonialreichs) von Anfang an nicht auf Europa beschränkt blieb, bot dann allerdings den beiden  
35 »Have-nots« Italien und Japan, vermeintliche Chancen, ihrerseits den Versuch zu wagen, durch Kriegseröffnungen in ihren Interessensbereichen lang angestrebte imperialistische Ziele auf dem Wege der Gewalt zu erreichen, so dass schließlich von Dezember 1941 an ein zweiter »Weltkrieg« (im Wortsinne) die Folge dieser dreifachen kriegerischen Expansion war.

In: Andreas Hillgruber, *Der 2. Weltkrieg. Kriegsziele und Strategien der großen Mächte*, Stuttgart 1982, S. 9ff.

*Wer nichts weiß,  
muss alles glauben!*  
Marie von Ebner-Eschenbach



*Geschichte der USA  
im 20. Jahrhundert*

<sup>41</sup> W.R. Louis, *British Strategy in the Far East 1919-1939*, Oxford 1971.

<sup>42</sup> H. Lupke, *Japans Rußlandpolitik von 1939 bis 1941*, aaO., S. 11ff.

<sup>43</sup> W. Hofer, *Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges. Eine Studie über die internationalen Beziehungen im Sommer 1939*, Frankfurt/M. <sup>3</sup>1964.